

## Schaffhauser Bauern wollen's wissen



Christoph Graf vom Schaffhauser Bauernverband und Reto Joos von GVS führten durch die Tagung.

An der GVS Pflanzenschutz- und Ackerbautagung trafen sich die Schaffhauser Bauern und informierten sich nicht über Sortenversuche und Pflanzenschutz, sondern auch über die AP 22+.

Der Anlass bot den Landwirten eine gute Möglichkeit, sich direkt vor Ort bei den Mitarbeitern von BASF, Syngenta, Bayer, Omya, Stähler und Leu+Gygax zu informieren. Die Tipps von Daniel Item (GVS) über die Sortenwahl von Mais und Untersaaten stiessen auf grosses Interesse. Spannend waren auch die Ausführungen von Sven Studer (KWS) über die Mais-Saatgutvermehrung in der Schweiz: Über 20 Landwirte aus dem Rheintal (SG), der La Côte (VD) und dem Tessin vermehren für die KWS Maissaatgut auf rund 160 ha.

Nach dem Mittagessen präsentierte Viktor Kessler, Leiter des BLW-Fachbereichs Direktzahlungsprogramme, Aktuelles zum Verordnungspaket 2017. Ab 1.1.2018 dürfen die Bauern im GMF-Programm auch Mühlennachprodukte an die Gesamtration anrechnen. Erlaubt sind bis zu 5 Prozent. Um 20 Prozent kürzt das BLW den Beitrag für die Qualitätsstufe I. Das betrifft extensive Wiesen, Streueflächen und Hecken, Feld- und Ufergehölze. Zudem wird eine fachgerechte Baumpflege gefordert. Betriebe, die bereit sind, den Pflanzenschutzmitteleinsatz im Rebbau, in Obstanlagen und bei den Zuckerrüben zu reduzieren, werden neu mit Ressourceneffizienzbeiträgen unterstützt.

Aktuell arbeitet das BLW an der AP 18-21. Das Ziel sei, möglichst wenig zu ändern, erklärte Kessler. Geplant ist beispielsweise, den Herbizidverzicht auf offener Ackerfläche mit einem neuen REB-Beitrag zu fördern. Oder auch, dass Hartweizen Platz im Extensio-Programm finden soll. Die Vernehmlassung beginnt am 29. Januar 2018.

Dann versuchte Kessler sein Bestes, den Landwirten die Gesamtschau des Bundesrats zur AP 22+ schmackhaft zu machen. Die Stichworte Abbau des Grenzschatzes und sozialverträglicher Strukturwandel verursachten aber nur Kopfschütteln.

Die Schaffhauser Landwirte, die vielfach auch in Deutschland Boden bewirtschaften, kennen die Preisdifferenzen zu Deutschland und wissen, dass sie zu den EU-Preisen nicht Weizen produzieren können. Zudem haben sie auch das unterschiedliche Kostenniveau und die Betriebsstrukturen vor Augen.

Was die Schweizer Bauern diesem Wettbewerbsdruck entgegensetzen können, sei Swissness und Qualitätsstrategie, sagte Kessler. Auch flankierende Massnahmen seien geplant. Die Rede war dabei von einem Betriebsbeitrag. Über dessen Ausgestaltung werde dann die Politik entscheiden. Zudem sei auch klar, dass es sich dabei um einen befristeten Beitrag handeln würde.

Bleibt zu hoffen, dass nichts so heiss gegessen wird, wie es gekocht wird.